

44. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 21.09.2017

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Lothar Kipp		
Gremiumsmitglieder: Betina Mäusel Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Simone Guist Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Johannes Mecke Gertrud Mörike Günter Peischl Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Franz Solfrank Manfred Unterstein Thomas Weingärtner		
	Edith Michal Andreas Post	

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen an der heutigen öffentlichen Sitzung des Gemeinderates die Gemeinderatsmitglieder Frau Michal sowie Herr Post.

Zu Beginn der heutigen öffentlichen Sitzung gratulierte der Vorsitzende den Gemeinderatsmitgliedern Herrn Ebert und Frau Fister nachträglich recht herzlich zum Geburtstag. Da Frau Fister einen runden Geburtstag feiern konnte, überreicht der Vorsitzende ein kleines Präsent der Gemeinde. Im Anschluss gratulierte die Zweite Bürgermeisterin Frau Mäusel Herrn Ersten Bürgermeister Kemmelmeyer nachträglich recht herzlich zum Geburtstag.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende um 19:40 Uhr die Sitzung.

611 23 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 23 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 13.07.2017, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

612 23 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Folgende Beschlüsse können in der heutigen Sitzung veröffentlicht werden, da die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind:

Sitzung des Gemeinderates am 13.07.2017, Beschluss G615
St.-Valentin-Hof, Neuverpachtung des Treff.UHU (Seniorencafés)

Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss eines gastronomischen Pachtvertrages mit der Nachbarschaftshilfe Unterföhring e.V., St.-Valentin-

Weg 20, 85774 Unterföhring auf der Grundlage der Bewerbungsunterlagen vom 22.05.2017 zum 01.10.2017 zu.

In dem Pachtvertrag sind folgende Eckpunkte mitaufzunehmen:

- *Festlegung der Dauer der (Betrieb der Küche und Service) auf zwei Jahre mit anschließender beiderseitiger jährlicher optionaler einjähriger Verlängerung*

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- *Betreiber muss ausschließlich ein eingetragener Verein (e.V.) sein, unabhängig davon ob ein Unterföhringer Verein oder auch ein außerhalb von Unterföhring tätiger Verein.*
- *Umsetzung der Vorgaben (Öffnungszeiten, Bewirtschaftung des Seniorencafes) und des Vorhabens des Unterföhringer Seniorenkonzeptes sind zwingender Bestandteil der Beauftragung.*
- *Übernahme der Personal- und Sachaufwendungen für die Bewirtschaftung des Seniorencafes durch die Gemeinde Unterföhring auf Nachweis.*
- *Vorlage einer Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Vertragslaufzeit von zwei Jahren.*

Der Ansatz der Haushaltsmittel für 2018 wird vorläufig, d.h. bis zur Vorlage der Wirtschaftlichkeitsberechnung der Nachbarschaftshilfe Unterföhring e.V., weiterhin mit 187.000,00 € eingeplant

Sitzung des Gemeinderates am 13.07.2017, Beschluss G628
Freiwillige Feuerwehr Unterföhring; Auftragsvergabe für die
Ersatzbeschaffung einer Drehleiter DLA(K) 23/12

*Der Gemeinderat stimmt der Vergabeempfehlung der MAYBURG
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH vom 10.07.2017 wie folgt zu:*

Los 1 Fahrgestell:

Auftragsvergabe für die Lieferung eines Fahrgestelles (Los 1) an die Firma Daimler AG, gemäß Angebot vom 29.06.2017 (unter Berücksichtigung von Optionen und Alternativen) zu einer Angebotssumme von insgesamt 69.998,00 € netto (= 83.297,62 € brutto)

Los 2 Aufbau:

Auftragsvergabe für die Lieferung des Aufbaus (Los 2) -und somit für die Komplettierung des Fahrzeuges- an die Firma Rosenbauer Karlsruhe GmbH & Co. KG, gemäß Angebot vom 29.06.2017 (unter Berücksichtigung von Optionen und Alternativen) zu einer Angebotssumme von insgesamt 440.550,00 € netto (= 524.254,50 € brutto)

Der Erste Bürgermeister wird berechtigt die Vertragsschlüsse herbeizuführen, und die zu beauftragenden Optionen und Alternativpositionen in den Losen abschließend zu wählen.

Die veröffentlichten Beschlüsse gelten der Öffentlichkeit als bekanntgemacht.

AZ 024
Hauptamt

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

613 23 **Antrag der AGENDA 21 auf Hilfe für Somalia**

Der Vorsitzende verweist auf die Bekanntgabe vom 06.04.2017, in der der Wortlaut eines Antrages der AGENDA 21 vom 08.03.2017, eingereicht durch Herrn Josef Trundt, verlesen wurde. In diesem Antrag wurde um eine großzügige Spende zur Bekämpfung der Hungerhilfe in Somalia analog der Spende der Gemeinde im Jahr 2010 nach der Naturkatastrophe in Haiti gebeten.

Der Antrag konnte in der Sitzung am 06.04.2017 nicht behandelt werden, weil darin kein konkretes Projekt für finanzielle Zuwendungen benannt wurde. Herr Trundt wurde mit Schriftsatz vom 16.05.2017 gebeten, den Antrag dahingehend zu konkretisieren.

Mit Schreiben vom 05.07.2017, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld der heutigen Sitzung übermittelt worden ist, verweist Herr Trundt auf die verlässliche Arbeit der Evangelischen Diakonie –Katastrophenhilfe– und deren Spendenauftrag für die Hungerhilfe in Somalia und gibt die entsprechende Bankverbindung bekannt.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Fischer schlägt vor, den ursprünglich angedachten Spendenbetrag in Höhe von 1.000,-- € auf 2.000,--€ zu erhöhen. Das Gremium greift diesen Vorschlag im Zuge der Beschlussfassung auf.

Beschluss: 23 : 0

Einer Spende an die Evangelische Diakonie zur Bekämpfung der Hungerhilfe in Somalia wird in Höhe von 2.000 € zugestimmt. Die Mittel sind bei der Haushaltsstelle 0000.6600 abzurufen.

Der Betrag ist auf folgende Bankverbindung zu überweisen:

Diakonie Katastrophenhilfe
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin

Evangelische Bank
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

AZ 914
Finanzen

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

614 23 **Antrag der Freiwilligen Feuerwehr Unterföhring auf weitere Nutzung des Mehrzweckfahrzeuges Unterföhring 11/1 für Lehrgangs- und Besorgungsfahrten**

Der Vorsitzende bringt den Beschluss des Gemeinderates G424 vom 14.07.2017 in Erinnerung. Hierbei wurde die Auftragsvergabe für die Ersatzbeschaffung eines Mannschaftstransportwagens beschlossen. Gemäß der Beschlusslage, ist nach erfolgter Lieferung des Neufahrzeuges, für das auszumusternde Fahrzeug (Mehrzweckfahrzeug, Mercedes Sprinter Baujahr 2002) ein Wertgutachten zu erstellen und das Fahrzeug (ohne feuerwehrtechnische Ausstattung bzw. Beladung und ohne Funkgeräte) durch die Verwaltung entsprechend zu veräußern.

Im Nachgang zu einem persönlichen Gespräch mit dem Vorsitzenden, beantragt der Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Unterföhring, Herr Michael Spitzweg, mit Schreiben vom 20.07.2017 die weitere Nutzung des Mehrzweckfahrzeuges Unterföhring 11/1 für Lehrgangs- und Besorgungsfahrten. Das Schreiben ist im Vorfeld zur heutigen Sitzung den Gemeinderatsmitgliedern zugegangen und wird vom Vorsitzenden bekannt gegeben.

Der Antrag lautet im Tenor wie folgt:

(...) Wie in dem Gespräch erläutert, sind die Mitgliederzahlen in den vergangenen Jahren erfreulicherweise gestiegen und somit auch der Bedarf an Lehrgangsplätzen im Landkreis. Zusätzlich hat sich der Lehrgangsangebot der Kreisausbildung erweitert, so dass nun mehr Lehrgänge und auch an verschiedenen Orten im Landkreis besucht werden können. Diese Umstände haben dazu geführt, dass mehr Fahrten werktags am Abend bzw. am Samstag tagsüber erforderlich sind, welche nicht mehr mit dem vorhandenen Mannschaftstransportwagen Unterföhring 14/1 alleine abgedeckt werden können.

Die beiden neuen Fahrzeuge Unterföhring 12/1 und 14/2 sind aufgrund Ihrer Schwerpunkte (Einsatzführung und Wasserrettung) unserer Ansicht nach vorrangig im Ortsgebiet vorzuhalten, so dass diese für Lehrgangsfahrten nicht uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Aus diesem Grund beantragen wir, das bereits ausgesonderte Mehrzweckfahrzeug Unterföhring 11/1 für Lehrgangs- und Besorgungsfahrten weiterhin im Fuhrpark der FF Unterföhring zu belassen. (...)

Beschluss: 23 : 0

Dem Antrag der Freiwilligen Feuerwehr Unterföhring vom 20.07.2017 auf weitere Nutzung des Mehrzweckfahrzeuges Unterföhring 11/1 für Lehrgangs- und Besorgungsfahrten wird zugestimmt.

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Gemeinderatsbeschluss G424 vom 14.07.2017 wird dahin gehend aufgehoben, dass das Mehrzweckfahrzeug Unterföhring 11/1 weiterhin im Fuhrpark der Freiwilligen Feuerwehr Unterföhring belassen wird.

AZ 0917
Hauptamt

615

23

Jahresrechnung 2016:
Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im
Rechnungsjahr 2016

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Juni 2017 mit der Jahresrechnung 2016 die Aufstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Rechnungsjahr 2016 zugestellt wurde.

Die Zusammenstellung der im Laufe des Rechnungsjahres 2016 notwendig gewordenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben wird bekannt gegeben.

Beschluss: 23 : 0

Die im Laufe des Rechnungsjahres 2016 erfolgten und noch nicht vom Gemeinderat beschlossenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden genehmigt; deren Notwendigkeit wird anerkannt.

AZ 963
Finanzen

616

23

Jahresrechnung 2016:
Bericht über Beteiligungen 2016 (Stand 31.12.2015)

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Juni 2017 mit der Jahresrechnung 2016 ein Beteiligungsbericht 2016 mit Stand vom 31.12.2015 zugestellt wurde.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass Interessierten die Einsichtnahme in den Bericht zu ermöglichen ist.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Bericht über Beteiligungen 2016 (Stand 31.12.2015) zustimmend zur Kenntnis.

Die Öffentlichkeit ist auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in ortsüblicher Weise aufmerksam zu machen.

AZ 963
Finanzen

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

617 23 **Jahresrechnung 2016:**
Feststellung der Jahresrechnung 2016 und Entlastung gem. Art. 102
Abs. 3 GO

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt die Zweite Bürgermeisterin den Vorsitz, da der Erste Bürgermeister bei diesem Tagesordnungspunkt persönlich beteiligt ist. Er ist daher gemäß Art. 49 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) von der Beratung und Beschlussfassung auszuschließen.

Die Bürgermeisterin bringt den Beschluss vom 22.06.2017, Nr. 593, in Erinnerung, mit dem der Gemeinderat die Jahresrechnung 2016 zur Prüfung verwies.

Die Bürgermeisterin stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Juni 2017 die Jahresrechnung 2016 übergeben wurde.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Jutta Schödl gibt als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses den Prüfungsbericht mit den Anregungen und Feststellungen in der Aktenvormerkung vom 12.07.2017 bekannt. Die darin enthaltenen Anregungen des Prüfungsausschusses wurden an die entsprechenden Fachbereiche der Verwaltung zur Beachtung und Erledigung weitergeleitet.

Die Jahresrechnung 2016 kann aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung vom Gemeinderat festgestellt werden. Nach Artikel 102 Abs. 3 GO erfolgt die Entlastung des Bürgermeisters nach der örtlichen Prüfung.

Der Soll-Abschluss für das Haushaltsjahr 2016 wird bekannt gegeben:

Beschluss: 22 : 0

Feststellung der Jahresrechnung 2016

Der Rechnungsabschluss (Soll-Abschluss) wird vom Gemeinderat anerkannt und die Jahresrechnung 2016 gem. Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt auf:

	Summe bereinigte Soll-Einnahmen EUR	Summe bereinigte Soll-Ausgaben EUR
Verwaltungshaushalt	233.325.983,55	233.325.983,55
Vermögenshaushalt	291.267.154,17	291.267.154,17
Gesamthaushalt	524.593.137,72	524.593.137,72

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Entlastung

	EUR
Die gesamten Kasseneinnahmereste betragen	<u>77.352.466,06</u>
Die gesamten Kassenausgabereste betragen	<u>4.232,81</u>
Der Stand des Vermögens nach § 76 Abs. 1 KommHV (Forderungen IST am 31.12.2016)	<u>79.545.139,00</u>
und der des Vermögens nach § 76 Abs. 2 KommHV (Wertstoffhof, Friedhof und Abwasserbeseitigung)	<u>11.804.231,00</u>
Die Schulden betrugen am 31.12.2016	<u>0,00</u>
und die Rücklagen nach dem Soll-Abschluss	<u>491.807.941,57</u>

Der Gemeinderat beschließt gem. Art. 102 Abs. 3 GO die Entlastung für 2016.

Der Erste Bürgermeister hat sich an der Beratung und Abstimmung auf Grund persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 GO nicht beteiligt.

AZ 963
Finanzen

618

23

Entlastung des Aufsichtsrates der GEOVOL Unterföhring GmbH für die Jahre 2015 und 2016

Der Erste Bürgermeister Herr Kemmelmeier (in seiner Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrates der GEOVOL Unterföhring GmbH) sowie die Gemeinderatsmitglieder Herr Ilmberger, Herr Kirnberger, Herr Mecke und Herr Prieler (als Mitglieder des Aufsichtsrates der GEOVOL Unterföhring GmbH) sind bei diesem Tagesordnungspunkt persönlich beteiligt. Sie sind gemäß Art. 49 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) von der Beratung und Beschlussfassung auszuschließen.

Den Vorsitz bei diesem Tagesordnungspunkt übernimmt die Zweite Bürgermeisterin Frau Mäusel.

Die Zweite Bürgermeisterin verweist auf die Beteiligungsberichte in den Jahresrechnungen 2015 und 2016, in denen die Beteiligungen der Gemeinde Unterföhring an der GEOVOL Unterföhring GmbH erläutert sind. Neben dem

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ersten Bürgermeister als Vorsitzenden des Aufsichtsrates befinden sich vier weitere Gemeinderatsmitglieder sowie Herr Prof. Dr. Greulich im Aufsichtsrat der GmbH.

Die Zweite Bürgermeisterin verweist auf die Jahresabschlussunterlagen 2015 und 2016, die im Vorfeld zur heutigen Sitzung den Gemeinderatsmitgliedern vertraulich zur Verfügung gestellt wurden.

Mit der Prüfung der Jahresabschlüsse (Art. 107 GO), die entsprechend der für eine große Kapitalgesellschaft geltenden Vorschriften (Art. 94 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO i. V. m. § 267 Abs. 1 HGB) durchgeführt wurden, hat der Aufsichtsrat den Wirtschaftsprüfer Herrn Helmut Wiedemann beauftragt. Die erstellten Prüfberichte (inkl. Anlagen) sowie die abschließenden Prüffestate lagen während der Sitzung aus und sind für die Gremiumsmitglieder in der Finanzverwaltung nach Terminvereinbarung einsehbar. Die Prüfung ergab eine ordnungsgemäße Geschäftsführung, daher empfiehlt der Wirtschaftsprüfer die Entlastung des Geschäftsführers.

In der 92. Aufsichtsratssitzung am 06.07.2016 (Jahresabschluss 2015) und der 97. Aufsichtsratssitzung am 10.07.2017 (Jahresabschluss 2016) hat sich der Aufsichtsrat bereits mit dieser Thematik befasst und gemäß § 10 Absatz 2 Nr. 4 des Gesellschaftervertrags für die GEOVOL Unterföhring GmbH die Jahresabschlüsse 2015 und 2016 festgestellt und in der Folge gemäß § 10 Absatz 2 Nr. 1 des Gesellschaftervertrags die Geschäftsführung entlastet sowie entsprechende Beschlüsse über die Ergebnisverwendung gefasst.

Grundlage des Gesellschaftervertrags vom 24.07.2007 war die entsprechende Beschlussfassung im Gemeinderat vom 12.07.2007, mit der die entsprechenden Aufgaben an den Aufsichtsrat übertragen wurden.

Die Entlastung des Aufsichtsrats übernimmt gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 6 des Gesellschaftervertrags die Gesellschafterversammlung. 100%-ige Gesellschafterin ist die Gemeinde Unterföhring, und damit übernimmt der Erste Bürgermeister gemäß Art. 38 Abs. 1 GO die alleinige Gesellschaftervertretung. Der Erste Bürgermeister entlastet folglich gem. § 12 Absatz 1 Nr. 6 des Gesellschaftervertrags die Mitglieder des Aufsichtsrates.

Da der Erste Bürgermeister in Personalunion sowohl alleiniger Gesellschaftervertreter als auch Aufsichtsratsvorsitzender ist, kann die allgemeine Ermächtigung des Gesellschaftervertreters zur Entlastung des Aufsichtsrats nicht für den Aufsichtsratsvorsitzenden gelten. Die Entlastung des Ersten Bürgermeisters in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender obliegt daher dem Gemeinderat.

Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat nimmt die Prüfberichte zu den Jahresrechnungen 2015 und 2016, die Feststellungen der Jahresrechnungen 2015 und 2016 sowie die jeweilige Entlastung der Geschäftsführung durch den Aufsichtsrat zur Kenntnis und genehmigt diese hiermit.

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Der Gemeinderat spricht zudem dem Ersten Bürgermeister in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzenden sowie dem Aufsichtsrat der GEOVOL Unterföhring GmbH für die Jahre 2015 und 2016 die jeweilige Entlastung aus.

Der Erste Bürgermeister Herr Kemmelmeyer sowie die Gemeinderatsmitglieder Herr Ilmberger, Herr Kirnberger, Herr Mecke und Herr Prieler haben sich gemäß Art. 49 Abs. 1 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

Nach Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt übernimmt Herr Erster Bürgermeister Kemmelmeyer wieder den Vorsitz.

AZ 9111
Finanzen

619 23 **Budgetvereinbarungen 2018 für die Kindertagesstätten als Ergänzung zum Trägerschaftsvertrag mit der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Oberbayern e.V.**

Gemäß Nr. 5.8 der Trägerschaftsverträge werden die Art und der Umfang der zu erbringenden Leistung sowie die Finanzierung jährlich durch eine Budgetvereinbarung geschlossen. Die Vorlage der Haushaltsentwürfe 2018 erfolgte mit Schreiben der Arbeiterwohlfahrt vom 08.08.2017.

Die einzelnen Beträge und Aufwendungen verteilen sich je Einrichtung wie folgt:

Kindergarten St.-Florian-Str.		Ansatz AWO: 1.171.352,00 €
<u>Einnahmen AWO-Haushalt (extern)</u>		
Essensgeld:	42.284,00 €	
Integrationsförderung:	163.926,75 €	
Staatl. Förderung:	308.829,40 € *)	
*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 4641.1710 Ausgabe auf HHSt. 4641.6780 s.u.		
		515.040,15 €
<u>Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)</u>		
Komm. Förderung	308.829,40 €	(HHSt 4641.6780)
Elternbeiträge	53.400,00 €	(HHSt 4641.7180)
Defizitausgleich	294.082,46 €	(HHSt 4641.6780)
		656.311,86 €
<u>Haushaltsansätze Gemeinde 2018:</u>		
4641.7180:	53.400,00 €	
4641.1710	308.829,40 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
4641.6780:	911.741,25 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Kinderkrippe Föhringer Allee.

Ansatz AWO: 490.400,74 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	11.088,00 €
Integrationsförderung:	50.021,90 €
Staatl. Förderung:	122.698,66 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 4644.1710

183.808,56 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung	122.698,66 €	(HHSt 4644.6780)
Elternbeiträge	67.680,00 €	(HHSt 4644.7180)
Defizitausgleich	116.213,52 €	(HHSt 4644.6780)

306.592,18 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2018:

4644.7180:	68.000,00 €	
4644.1710	123.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
4644.6780:	362.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

Kinderhaus Römerweg

Ansatz AWO: 999.288,57 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	49.456,00 €
Integrationsförderung:	0 €
Staatl. Förderung:	273.991,59 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 4646.1710

323.447,59 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung	273.991,59 €	(HHSt 4646.6780)
Elternbeiträge	174.480,00 €	(HHSt 4646.7180)
Defizitausgleich	227.369,39 €	(HHSt 4646.6780)

675.840,89 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2018:

4646.7180:	175.000,00 €	
4646.1710	274.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
4646.6780:	776.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Kinderhaus Straßäckerallee 11 **Ansatz AWO: 2.152.694,78 €**

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	182.028,00 €
Integrationsförderung:	0 €
Staatl. Förderung:	586.459,91 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 4645.1710

768.487,91 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung	586.459,91 €	(HHSt 4645.6780)
Elternbeiträge	314.400,00 €	(HHSt 4645.7180)
Defizitausgleich	483.346,95 €	(HHSt 4645.6780)

1.384.206,86 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2018:

4645.7180:	315.000,00 €	
4645.1710	587.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
4645.6780:	1.657.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

Kinderhaus Straßäckerallee 13 **Ansatz AWO: 1.454.628,51 €**

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	68.354,00 €
Integrationsförderung:	0 €
Staatl. Förderung:	421.438,73 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 4647.1710

489.792,73 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung	421.438,73 €	(HHSt 4647.6780)
Elternbeiträge	312.480,00 €	(HHSt 4647.7180)
Defizitausgleich	230.917,06 €	(HHSt 4647.6780)

964.835,79 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2018:

4647.7180:	313.000,00 €	
4647.1710	422.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
4647.6780:	1.074.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Kinderhort Münchner Str. Ansatz AWO: 919.203,95 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	120.120,00 €
Integrationsförderung:	0 €
Staatl. Förderung:	267.221,49 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 4648.1710

387.341,49 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung	267.221,49 €	(HHSt 4648.6780)
Elternbeiträge	102.780,00 €	(HHSt 4648.7180)
Defizitausgleich	161.860,97 €	(HHSt 4648.6780)

531.862,46 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2018:

4648.7180:	103.000,00 €	
4648.1710	268.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
4648.6780:	697.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

Kindergarten Blumenstr.

Ansatz AWO: 1.168.743,68 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	78.430,00 €
Integrationsförderung:	0 €
Staatl. Förderung:	315.994,42 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 4640.1710

394.424,42 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung	315.994,42 €	(HHSt 4640.6780)
Elternbeiträge	98.580,00 €	(HHSt 4640.7180)
Defizitausgleich	359.744,84 €	(HHSt 4640.6780)

774.319,26 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2018:

4640.7180:	99.000,00 €	
4640.1710	316.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
4640.6780:	992.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Mittagsbetreuung **Ansatz AWO: 449.161,90 €**

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	98.550,00 €
Integrationsförderung:	0 €
Staatl. Förderung:	0 €*)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 2111.1710

98.550,00 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung/		
Zuschuss päd. Mittagstisch	57.553,00 €	(HHSt 2111.6780)
Elternbeiträge	0 €	(HHSt 2111.7180)
Defizitausgleich	293.058,90 €	(HHSt 2111.6780)

350.611,90 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2018:

2111.6780:	351.000,00 €
------------	--------------

Kindergarten Schramelweg.

Ansatz AWO: 493.020,55 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	34.100 €
Integrationsförderung:	0 €
Staatl. Förderung:	137.348,40 €*)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 4642.1710

171.448,40 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung	137.348,40 €	(HHSt 4642.6780)
Elternbeiträge	44.400,00 €	(HHSt 4642.7180)
Defizitausgleich	139.823,74 €	(HHSt 4642.6780)

321.572,14 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2018:

4642.7180:	45.000,00 €
4642.1710	138.000,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
4642.6780:	415.000,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Kinderhort Schulstr. Ansatz AWO: 800.630,93 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	93.170,00 €
Integrationsförderung:	0 €
Staatl. Förderung:	226.826,56 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 4643.1710

319.996,56 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung	226.826,56 €	(HHSt 4643.6780)
Elternbeiträge	82.800,00 €	(HHSt 4643.7180)
Defizitausgleich	171.007,81 €	(HHSt 4643.6780)

480.634,37 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2018:

4643.7180:	83.000,00 €	
4643.1710	227.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
4643.6780:	625.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

Gastkinder und Tagesmütter

Ansatz Gemeinde: 950.000,00 €

Einnahmen Gemeinde-Haushalt

Essensgeld:	0 €
Integrationsförderung:	0 €
Staatl. Förderung:	200.000,00 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Tagesmütter/externe KiTAs = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 4649.1710

200.000,00 €

Ausgaben Gemeinde-Haushalt

Komm. Förderung	200.000,00 €	(HHSt 4649.6780)
Elternbeiträge	300.000,00 €	(HHSt 4649.7180)
Defizitausgleich	250.000,00 €	(HHSt 4649.6780)

750.000,00 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2018:

4649.7180:	300.000,00 €	
4649.1710	200.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
4649.6780:	450.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

Die voraussichtlich zu übernehmenden Gesamtkosten der Gemeinde betragen somit 7.002.000,00 €

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Nachrichtlich:

Bei den Zuschüssen (BayKiBiG) für die Kinderhorte in der Schul- und der Münchner Straße sind Rückerstattungen aus den Vorjahren zu erwarten.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat genehmigt das Budget 2018 für die Kindertagesstätten wie von der Arbeiterwohlfahrt beantragt.

Die Einnahmen und Ausgaben sind in folgender Höhe mit der Budgetvereinbarung zu unterzeichnen und in den Haushalt 2018 zu übernehmen:

Einrichtung	Personal- und Sachausgaben .6780 2018 €	Elternbeiträge Ausgabe (Gebührenfreiheit) .7180 2018 €	zu erwartende Zuschüsse (BayKiBiG) Einnahme .1710 2018 €
2111. Mittagsbetreuung	351.000	0	0
4640. Kindergarten Blumenstraße	992.000	99.000	316.000
4641. Kindergarten St.-Florian-Str.	912.000	54.000	309.000
4642. Kindergarten Schramelweg	415.000	45.000	138.000
4643. Kinderhort Schulstraße	625.000	83.000	227.000
4644. Kinderkrippe Föhringer Allee	362.000	68.000	123.000
4646. Kinderhaus Römerweg	776.000	175.000	274.000
4647. Kinderhaus Straßäckerallee 13	1.074.000	313.000	422.000
4645. Kinderhaus Straßäckerallee 11	1.657.000	315.000	587.000
4648. Kinderhort Münchner Str.	697.000	103.000	268.000
4649. Gastkinder und Tagesmütter	450.000	300.000	200.000
Summe	8.311.000	1.555.000	2.864.000

AZ 423
Finanzen

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

620

23

Unterföhringer Ortsmitte (UFO); ehemaliges Bahnwärterhäuschen ("Zindlerhaus")

aktueller Sachstand hinsichtlich denkmalschutzrechtlicher Einstufung

Der Bürgermeister erläutert kurz den Sachstand, dass auf dem Gelände des alten Bahnbedienstetenhauses („Zindlerhauses“) gemäß Bebauungsplan Nr. Nr. 84/16 zur Realisierung der Unterföhringer Ortsmitte eine zweigruppige integrative Kinderkrippe (Variante 3, Beschluss des Gemeinderates vom 13.10.2016 Nr. 462) realisiert werden soll, wofür der Abriss des Gebäudes notwendig ist.

Zwischenzeitlich kam das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege auf die Gemeinde zu und meldete Bedenken an, die eine Einstufung des alten Bahnbedienstetenhauses als denkmalgeschütztes Gebäude zur Folge haben könnte. Hierzu fand am 24.07.2017 mit dem Landratsamt München, dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege und der Gemeindeverwaltung ein gemeinsamer Ortstermin statt.

Mit E-Mail-Schreiben des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege Z 1 Bayerische Denkmalliste und Denkmaltopographie vom 14.08.2017 wird erklärt, dass das Zindlerhaus die Voraussetzungen der Art. 1 Abs. 1 und 2 BayDSchG (Bayerisches Denkmalschutzgesetz; Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler) erfüllt und somit als Baudenkmal eingestuft wird. Das Zindlerhaus ist mittlerweile unter

„D-1-84-147-11: Am Bahnhof 2 – ehem. Bahnbedienstetenhaus, sog. Zindlerhaus, zweigeschossiger Walmdachbau in neuklassizistischen Formen, um 1920/1925“

in der Denkmalliste eingetragen.

Auf Nachfrage der Verwaltung mit E-Mail-Schreiben vom 18.08.2017 und 24.08.2017, welche Auswirkungen die Einstufung als Denkmal hat, wird mit E-Mail vom 07.09.2017 seitens Bayerischem Landesamt für Denkmalpflege geantwortet, dass Maßnahmen am oder in der Nähe des Baudenkmals der Erlaubnis nach Art. 6 BayDSchG bedürfen. Üblicherweise finden zur Abstimmung von Maßnahmen an Baudenkmalern im Vorfeld Ortstermine im Rahmen der regelmäßigen gemeinsamen Sprechtag mit der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landratsamts München statt, was auch im Fall des „Zindlerhauses“ vorgeschlagen wird.

Somit ist ein Abbruch des Gebäudes zur Errichtung einer Kinderbetreuungseinrichtung nicht möglich. Die bisherige Beschlusslage zur Errichtung einer integrativen Kinderkrippe an diesem Standort ist nun zu überprüfen.

Beschluss: 23 : 0

Aufgrund der aktuellen Feststellung des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, dass das alte Bahnbedienstetenhaus („Zindlerhauses“) als

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Denkmal eingestuft wurde, wird die Verwaltung beauftragt für die zweigruppige integrative Kinderkrippe einen entsprechenden Standort auf gemeindeeigenem Grund zu suchen. Die Ergebnisse sind dem Gemeinderat zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

AZ 3241
Bauamt

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

621

23

Unterföhringer Ortsmitte (UFO); ehemaliges Bahnwärterhäuschen ("Zindlerhaus")

Antrag der SPD-Fraktion zur Überprüfung des Standortes für die zweigruppige integrative Kinderkrippe im Zindlerhaus

Mit Schreiben vom 18.05.2017, eingegangen bei der Gemeinde ebendann, hat die SPD-Fraktion einen Antrag zur Überprüfung des Standortes für die zweigruppige integrative Kinderkrippe im Zindlerhaus eingereicht. Das Antragsschreiben wurde den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld zur heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt.

Der Antrag lautet wie Folgt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Standort für die zweigruppige integrative Kinderkrippe wird nochmal eingehend überprüft.

Zu diesem Zweck wird eine Vorentwurfsplanung für die Kinderkrippe in Auftrag gegeben, wobei die Machbarkeit auf dem vom Gemeinderat beschlossenen Grundstück unter Einbeziehung des bestehenden Gebäudes („Zindler-Haus“), die Lärmsituation an der verkehrsreichen Ecke Bahnhofstraße/Am Bahnhof und die Parkplatzsituation für Beschäftigte und Eltern untersucht werden soll. Der Erhalt des ehemaligen Bahnwärterhauses („Zindler-Haus“) muss sichergestellt werden.

Gleichzeitig sind alternative Standorte im Umgriff des Planungsgebietes unter Einbeziehung des Ideenteils aufzuzeigen.

Begründung:

In dem sehr großen Planungsgebiet sollte es möglich sein, die Kinderkrippe günstiger unterzubringen.

Eine Kinderbetreuungseinrichtung im Planungsgebiet ist auch deswegen erforderlich, weil wir die dezentrale Kinderbetreuung - also mehrere kleinere Einrichtungen im Ort - einer sehr großen Einrichtung vorziehen sollten, um Bedarf und eine ideale Betreuung sicherstellen zu können.

Falls sich die vom Gemeinderat beschlossene Grundstücksfläche in allen Belangen doch als geeignet herausstellt, soll eine Einbeziehung des über hundert Jahre alten Hauses in die Planung genauestens geprüft werden (z.B. Verwaltungsteil, Besprechungs- und Personalräume der Krippe).

Eine Beseitigung dieses Gebäudes stellt einen Teilverlust Unterföhringer Geschichte der Neuzeit dar.“

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Der eingereichte Antrag der SPD-Fraktion vom 18.05.2017 ist in der Beschlussfassung zum heutigen Tagesordnungspunkt 8.1 (*Unterföhringer Ortsmitte (UFO); ehemaliges Bahnwärterhäuschen ("Zindlerhaus") aktueller Sachstand hinsichtlich denkmalschutzrechtlicher Einstufung*) aufgegangen.

Nach entsprechender Erläuterung durch den Vorsitzenden stellt dieser fest, dass eine Beschlussfassung über den eingereichten Antrag nicht mehr erforderlich ist.

AZ 024
Bauamt

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

622 23 **Erweiterung der bestehenden Ladenflächen am Hauptportal des S-Bahnhofes zur Nutzung als Postfiliale**

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 22.06.2017, Nr. 585, mit welchem das Gremium einer Erweiterung der bestehenden nördlichen Ladeneinheit (Postcafé) im S-Bahnhof im folgenden Umfang zugestimmt hatte:

- Die Ladenfläche ist in nördlicher Richtung bis zur Automatiktüre zu erweitern, dabei sind die Fluchtwege zu berücksichtigen.
- Mit dem derzeitigen Mieter ist ein Nachtrag des bestehenden Mietvertrages zu den bisherigen Eckpunkten (u.a. Grundmiete 11€/m², Nebenkostenanpassung) abzuschließen.
- Der neue Standort für die Aktionsfläche ist mit dem Mieter abzustimmen.
- Die Realisierung für die Erweiterung ist in 2017 umzusetzen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden als außerplanmäßige Ausgabe genehmigt. Der Bürgermeister wird ermächtigt alle erforderlichen Maßnahmen durchzuführen und Aufträge zu erteilen.

Damit wurde sowohl den Anforderungen von Herrn Cakil (Betreiber Postcafé) als auch von der Deutschen Post (entsprechend E-Mail vom 13.06.2017), dass die zusätzlichen Flächen reine Lager- und Aufbewahrungsflächen darstellen sollen, vollumfänglich entsprochen.

Nach dieser Beschlussfassung kam Herr Cakil auf die Gemeinde zu und teilte mit, dass diese zusätzliche Fläche künftig nicht ausreichen wird und er darum bittet eine „eigene Ladenfläche“ für den Postbetrieb zu erhalten. Herr Cakil hat sich diesbezüglich auch noch einmal an die Post gewandt ob dieser „neue“ Antrag für eine „eigene Ladeneinheit“ Unterstützung findet.

Der Bürgermeister gibt die beiden E-Mails von der Deutschen Post AG, jeweils vom 17.07.2017, bekannt, mit welchen die Schaffung einer neuen, zusätzlichen Ladeneinheit nun ausdrücklich befürwortet wird und man hofft, dass die Gemeinde den Umzug von Herrn Cakil in die neue Ladeneinheit unterstützt.

Die Verwaltung empfiehlt hier die nördliche Fläche von ca. 80m² bis 100m² als weitere Ladeneinheit mittels eines Erweiterungsvertrages an Herrn Cakil zu vermieten, mit der Auflage, dass bereits während der Weihnachtszeit ein Postcontainer als Interimslösung aufgestellt wird.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus für die neue Ladeneinheit auf der nördlichen Fläche von ca. 80m² bis 100m² einen Erweiterungsvertrag mit Herrn Cakil abzuschließen. Als Interimslösung soll in Abstimmung mit allen

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Beteiligten für die Weihnachtszeit im Gebäude auf dieser Fläche ein entsprechender Postcontainer aufgestellt werden.

Weiter wird die Verwaltung beauftragt die Machbarkeit der Errichtung einer zusätzlichen Ladeneinheit vor allem hinsichtlich Brandschutz und Statik zu prüfen und eine entsprechende Kostenschätzung vorzunehmen. Diese sind dem Gremium zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

AZ 024
Bauamt

623 23 **Neubau Volkshochschule mit Musikschule und Tiefgarage**
Unterföhring; Projektänderungsanträge 6, 7, 8 und 9

Der Erste Bürgermeister bringt die Beschlüsse des Gemeinderates sowie des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses in Erinnerung, mit welchen Gesamtkosten für den Neubau der Volkshochschule mit Musikschule und Tiefgarage Unterföhring in Höhe von bisher 26.976.398,26 € brutto genehmigt wurden.

Weiter bringt er den Beschluss des Gemeinderates vom 22.06.2017, Nr. 582, in Erinnerung, mit welchen die Projektänderungsanträge 1 bis 5 mit Gesamtkosten von 104.585,79 € brutto zugestimmt wurde.

Der Erste Bürgermeister gibt folgende durch die Projektsteuerung Hitzler Ingenieure, München, und Verwaltung geprüften Projektänderungsanträge der Objektplanung Arbeitsgemeinschaft Hirner & Riehl Architekten und Stadtplaner BDA, München, lab landschaftsarchitektur brenner Partnerschaft mbB, Landshut, Kauba Architektur, München, bekannt:

Projekt- änderungs- antrag Nr.	Beschreibung	Mehr- /Minderkosten € brutto
06	Fertigteilelemente für künftige Durchfahrt TG Nord	13.500,00 €
07	Änderung TG-Lüftung	127.284,00 €
08	Handlaufbeleuchtung Treppe Foyer	1.000,00 €
09	Brüstungsbeleuchtung Terrassen OG 1	-2.000,00 €
	Gesamt	139.784,00 €

Die Projektänderungsanträge 06 bis 09 wurden vom Projektsteuerer und von der Verwaltung geprüft und dem Gremium zugestellt.

Projektänderungsantrag 06:

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Damit eine zukünftige Verbindung der Tiefgarage am Vorplatz mit der Tiefgarage des zukünftigen Nachbargebäudes möglichst einfach erfolgen kann, werden die Öffnungen in den Fahrgassen bereits für den künftigen Endzustand hergestellt und die Öffnungen mittels erdseitig vorgestellten FT-Platten abgedeckt. Die Fugen werden gegen Eindringen von Sickerwasser abgedichtet. Durch die Erdanschüttung werden die Platten in ihrer Solllage gehalten. Am oberen Ende der Fertigteile werden punktuelle Befestigungen an die Außenwand vorgesehen, um ein Umfallen der Elemente beim späteren freilegen zu vermeiden.

Funktionalität:

Eine zukünftige Verbindung der Tiefgaragen kann auf einfache und kostengünstige Weise erfolgen.

Nachhaltigkeit:

Aufwändige Maßnahmen zur Verbindung der Tiefgarage am Vorplatz mit der Tiefgarage des künftigen Nachbargebäudes werden vermieden.

Kosten: 13.500,00 € brutto

Projektänderungsantrag 07:

Gemäß der Empfehlung des TÜVs wird die Abluft beider Tiefgaragen bei der täglichen Lüftung sowie im Brandfall der Rauch unter Verzicht auf die Jet-Ventilatoren über Lüftungskanäle in den Tiefgaragen abgesaugt und über Schächte neben dem nördlichen Treppenhaus über das Dach des Gebäudes geführt. Der Lüftungs- und Entrauchungsschacht hinter dem Aufzug am Vorplatz entfällt. Der bisher in der Tiefgarage unter dem Vorplatz vorgesehene Technikraum D5.20 wird beibehalten und der Technikraum D5.7 von dem Bereich neben der Rampe in den Bereich neben dem nördlichen Treppenhaus verlegt. Somit entsteht im Techniktrakt neben der Rampe der für die Lüftung des Tonstudios benötigte Platz. Durch diese Randbedingungen werden Rohbauänderungen aller Innenwände in der Tiefgarage am Vorplatz sowie Anpassungen im Bereich des Techniktrakt neben der Rampe erforderlich. Dieser Sachverhalt ist auch im Sachverständigengutachten von IKET bestätigt.

Unterhalt:

Die Aufwendungen zur Wartung der Jet-Ventilatoren werden eingespart.

Sicherheit:

Das Sicherheitsniveau des neuen Konzepts ist als gleichwertig im Vergleich zur bisherigen Planung anzusehen. Die neue Planung wurde von TÜV-Süddeutschland empfohlen und vom Sachverständigen-Büro IKET bestätigt.

Funktionalität:

Gemäß Mitteilung des TÜVs funktioniert das System einwandfrei, da die trichterförmige Form des "Gebäudekerns" die Nachströmung der Luft bis zu den Absaugkanälen begünstigt. Da die Abluft über Dach geführt wird, verringert sich die Gefahr, dass am Vorplatz und in den Räumen des

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gebäudes Gerüche durch die Abluft wahrgenommen werden, da die Abluft in den freien Windstrom geführt wird.

Kosten: 127.284,00 € brutto

Projektänderungsantrag 08:

Die Treppenfertigteile der Treppe im Foyer sollen unterseitig und seitlich in Sichtqualität ausgeführt werden. Durch den Entfall der Trockenbaubekleidung unter den Treppenläufen ist eine Integration der Beleuchtung in eine abgehängte Decke nicht mehr möglich. Daher musste ein anderes Beleuchtungskonzept entwickelt werden. Aus Sicht des Architekten ist eine unter den Treppenläufen abgependelte Beleuchtung nicht vorstellbar. Da der Treppe im Foyer als zentraler Knotenpunkt eine besondere Bedeutung zukommt, wird eine Handlaufbeleuchtung vorgeschlagen. Diese Beleuchtung dient nicht nur der funktionalen Beleuchtung der Verkehrswege, sondern schafft als Stimmungslicht eine der Nutzung des Foyers angemessene Atmosphäre.

Unterhalt:

Die Handlaufbeleuchtung ist leicht zugänglich zu Revisionszwecken.

Gestaltung:

Durch die indirekte Beleuchtung wirkt die Handlaufbeleuchtung nicht nur als funktionale Beleuchtung der Verkehrswege sondern auch als Stimmungslicht.

Kosten: 1.000,00 € brutto

Projektänderungsantrag 09:

Statt Pendelleuchten an Spannseilen soll die Beleuchtung der Terrassen über Einbauleuchten in der Klinkerbrüstung bzw. –wand realisiert werden. Der Einsatz von Pendelleuchten an Spannseilen erscheint aus gestalterischer und technischer Sicht nicht sinnvoll, da die Spannseile wegen der meist dreiseitig vorhandenen Pfosten-Riegel-Fassade mit Sonnenschutz schräg angeordnet werden müsste.

Unterhalt:

Die in die Brüstung integrierte Beleuchtung ist leicht zugänglich zu Revisionszwecken.

Qualitäten/Nachhaltigkeit/Gestaltung:

Da die Anforderung an eine flächendeckende, helle Beleuchtung wie in den Unterrichtsräumen auf den Terrassen nicht besteht, ist eine Beleuchtung von oben durch Pendelleuchten nicht erforderlich. Das indirekte Licht der Wandeinbauleuchten schafft auf den Terrassen ein ansprechendes Ambiente.

Kosten: -2.000,00 €

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 23 : 0

Das Gremium stimmt folgenden Projektänderungsanträgen der Objektplanung Arbeitsgemeinschaft Hirner & Riehl Architekten und Stadtplaner BDA, München, lab landschaftsarchitektur brenner Partnerschaft mbB, Landshut, Kauba Architektur, München, zu:

Projekt- änderungs- antrag Nr.	Beschreibung	Mehr- /Minderkosten brutto
06	Fertigteilelemente für künftige Durchfahrt TG Nord	13.500,00 €
07	Änderung TG-Lüftung	127.284,00 €
08	Handlaufbeleuchtung Treppe Foyer	1.000,00 €
09	Brüstungsbeleuchtung Terrassen OG 1	-2.000,00 €
	Gesamt	139.784,00 €

Die Mehrkosten in Höhe von gesamt 139.784,00 € brutto werden genehmigt und sind unter den Haushaltsstellen 3501.9420 und 3501.9490 zu verbuchen.

Die Gesamtkosten der Volkshochschule mit Musikschule und Tiefgarage Unterföhring belaufen sich somit auf gesamt 27.116.182,26 € brutto.

AZ 621
Bauamt

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- 624 23 **Bekanntgaben / Anfragen**
Bekanntgaben
St 2053, Anordnung von 70 km/h

Der Bürgermeister erinnert an das gemeinsame Schreiben der Gemeinden Unterföhring und Ismaning an das Staatliche Bauamt Freising, indem um eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 60 km/h für die St 2053 gebeten wurde sowie an die Bekanntgabe vom 08.12.2016.

Das Schreiben vom Landratsamt München vom 02.08.2017, Eingang bei der Gemeinde per Mail am 03.08.2017, wird bekannt gegeben, in dem die Anordnung zur Harmonisierung der Geschwindigkeit auf 70 km/h im Verlauf der St 2053 zwischen Unterföhring und Ismaning mitgeteilt wird.

AZ 631
Bauamt

- 624 23 **Bekanntgaben / Anfragen**
Bekanntgaben
Werbeanlage auf dem Grundstück Münchner Str. 66; Anmietung der
Werbefläche von der Firma Ströer

Am 29.05.2017 fand die diesjährige Verkehrsschau statt. Bei dieser wurde u.a. auch die Beschilderung am Interimshort an der Münchner Straße 66/66a und das Aufstellen eines LED-Dialogdisplays auf den Hinweis von Kindern behandelt.

Das LED-Dialogdisplay wurde zwischenzeitlich an den Bauhof geliefert. Das LED Dialogdisplay wird mit Zustimmung der Bayernwerk AG an einem Straßenbeleuchtungsmast mit befestigt. Die Aufstellung soll innerhalb der nächsten zwei Wochen erfolgen.

Bezüglich der Werbetafel hat sich die Verwaltung mit der Fa. Ströer in Verbindung gesetzt. Die Firma Ströer hat mit Schreiben vom 29.06.2017 folgende Vorschläge unterbreitet:

- Die Fa. Ströer bringt an der Umzäunung (Grundstücksmauer) des Kinderhorts eine oder zwei Werbeanlagen an, auf denen auf den Kinderhort hingewiesen wird;
- Anbringung eines Toppers auf der bestehenden Werbeanlage mit dem Hinweis auf den Hort;
- Anmietung der kompletten Werbeanlage.

Mit E-Mail vom 04.07.2017 teilt die Fa. Ströer den Mietpreis der Anmietung für die Dauer von einem Jahr mit. Die Kosten für die Anmietung würden 4.165,00 Euro pro Jahr betragen.

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende gibt das Schreiben der Fa. Ströer vom 29.06.2017 und E-Mail vom 04.07.2017 bekannt.

Die Verwaltung schlägt vor, die Werbetafel vorerst für die Dauer von vier Jahren für den Interimshort an der Münchner Straße 66/66a anzumieten. Auf der Werbetafel soll der Hinweis auf den Interimshort erfolgen.

Unter der HHSt. 4648.5010 (Kinderhort Münchner Straße, Außenanlagen) sind für 2017 Haushaltsmittel in Höhe von 3.000,00 € geplant, die zum jetzigen Zeitpunkt noch voll zur Verfügung stehen.

Die Anmietung der Werbetafel ist eine außerplanmäßige Ausgabe.

AZ 6132
Bauamt

624 23

Bekanntgaben / Anfragen

Bekanntgaben

Verkehrskonzept zur Verbesserung der Erschließung des Gewerbegebietes östlich der S-Bahn, Fertigstellung 4-spuriger Ausbau Beta-Straße

Die Beta-Straße wurde am Freitag, den 15.09.2017 für den Verkehr freigegeben. Die wechselnde Einbahnstraßen-Regelung konnte aufgehoben werden. In jede Fahrtrichtung stehen nun zwei Fahrstreifen zur Verfügung. An der Westseite wurden auf der befestigten Kiesfläche Parkplätze (Querparker, d.h. rechtwinklig zur Fahrbahn) eingerichtet und beschildert.

AZ 631
Bauamt

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

624

23

Bekanntgaben / Anfragen

Bekanntgaben

Isarau-Bus - Vorstellung Designentwürfe

Der Vorsitzende stellt dem Gremium einige Designentwürfe für die Beklebung des neuen Isarau-Busses vor.

Dieser soll unter Verwendung des Unterföhringer Wappens und diverser Schriftzüge ansprechend gestaltet werden.

AZ 8513
Bauamt

624

23

Bekanntgaben / Anfragen

Bekanntgaben

Antrag 1. Schwimmverein Unterföhring e.V. auf Nutzung des Bewegungsbades im St.-Valentin-Hof

Der Vorsitzende gibt einen Antrag des 1. Schwimmvereins Unterföhring e.V. auf Nutzung des Bewegungsbades im St.-Valentin-Hof (eingegangen am 27.07.2017) bekannt.

Der Antrag lautet im Tenor wie folgt:

(...) „Eine Möglichkeit für einzelne schwimmsportliche Aktivitäten bietet zweifelsfrei das Bewegungsbad im St-Valentin-Hof. Hier könnten Wassergewöhnungskurse für Kleinkinder aber auch Kurse für ältere Interessierte aus dem Bereich Wassergymnastik abgehalten werden. Dies wäre uns unter Beachtung der Benutzungsordnung der Gemeinde Unterföhring für das Bewegungsbad im St-Valentin-Hof möglich.“ (...)

Das Gemeinderatsmitglied Frau Schödl erkundigt sich nach der Vereinbarkeit mit der geltenden Benutzungsordnung.

Der Vorsitzende erläutert hierzu, dass der Antrag unter der Beachtung der Regularien der Benutzungsordnung über den Verwaltungsweg entschieden wird. Der Antragsteller sieht in seinem Antrag bereits als Nutzer Kleinkinder und ältere Interessierte vor, die im Einklang mit der Benutzungsordnung stehen.

AZ 0241
Hauptamt

44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nachdem in der heutigen Sitzungen keinen Anfragen aus der Mitte des Gremiums gestellt werden, schließt der Vorsitzende um 21:50 Uhr die heutige öffentliche Sitzung des Gemeinderates und wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend und guten Nachhauseweg.

Im Anschluss wird die nichtöffentliche Sitzung fortgeführt.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Lothar Kipp
Schriftführer